



Aus der Zentrale von IN VIA

IN VIA beim Katholik*innentag in Stuttgart I: IN VIA präsentiert sich an einem eigenen Stand
Zentral auf dem Schloßplatz, direkt an der Bolzstraße, hat IN VIA seinen Stand auf dem Katholik*innentag. IN VIA Rottenburg-Stuttgart betreibt den Stand.

Getreu dem Motto des Katholik*innentages, wollen auch wir „Leben teilen“, mit Interessierten ins Gespräch kommen und die Arbeit von IN VIA vorstellen. Beim „**Meet and Greet**“ am Freitag, den 27.05.2022 wird es ab 17:00 Uhr außerdem eine gute Gelegenheit geben, sich mit Vertreterinnen der Bundes- und Diözesanebene von IN VIA zu vernetzen. Bei einem guten Getränk tauschen wir uns mit Ihnen über unsere Arbeit für Frauen und junge Menschen aus und informieren Sie gerne auch über



Nutzen Sie die Begegnung, um sich mit anderen interessanten Menschen zu vernetzen.

IN VIA beim Katholik*innentag in Stuttgart II: Großes Podium von IN VIA und BAG KJS „Zukunft für Alle machen – Wie Bildungsgerechtigkeit gelingen kann“

Am Freitag, 27. Mai 2022 um 14:00 Uhr laden IN VIA Deutschland und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit e.V. (BAG KJS e.V.) zu einer Podiumsdiskussion ein. Warum hängen die Bildungschancen in der Schule nach wie vor von der sozialen Herkunft ab? Welche Hemmnisse bestehen beim Zugang in Ausbildung? Was müsste sich ändern, damit Bildungsgerechtigkeit für Alle Realität werden kann? Evelina Danyte, Auszubildende; Christian Füller, Journalist und Autor; Anna Grebe, Beraterin für Jugendpolitik, und Andrea Nahles, künftige Chefin der Bundesagentur für Arbeit, diskutieren Hintergründe und Lösungen. Melanie Wielens moderiert. Musikalisch wird das Podium von der Band Stilbruch aus Leipzig begleitet. IN VIA und BAG KJS laden herzlich ein in den Hospitalhof, 1.OG, Paul-Lechler-Saal, Büchsenstr. 33, 70174 Stuttgart.



Bundesreferent*in (w/m/d) für das Themenfeld „Jugendsozialarbeit und Bildung“ gesucht!

IN VIA Deutschland sucht zum 1. August 2022 eine Bundesreferentin/einen Bundesreferenten (w/m/d) für das Themenfeld „Jugendsozialarbeit und Bildung“ (80%) als Elternzeitvertretung. Als Bundesreferent*in setzen Sie die verbandlichen Ziele im o.g. Themenfeld um und vertreten entsprechende Positionen in fachpolitischen Zusammenhängen bundesweit. Inhaltliche Schwerpunkte liegen auf der schulbezogenen Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit und dem Thema „Demokratiebildung“. Die Vergütung erfolgt nach den Arbeitsvertragsrichtlinien des Deutschen Caritasverbandes (AVR). Tageweise kann die Arbeit auch im Homeoffice erbracht werden. Die Stelle ist als Elternzeitvertretung befristet zu besetzen voraussichtlich bis 31. August 2023. Bitte bewerben Sie sich mit Ihren aussagefähigen elektronischen Bewerbungsunterlagen bis zum 24. Mai 2022. Die vollständige

Stellenausschreibung sowie die Möglichkeit zur Online-Bewerbung finden Sie unter "[Bundesreferent*in \(w/m/d\)](https://invia-deutschland.de)" (invia-deutschland.de).

Wie Mädchen und Frauen den zusammen.wachsen Blog mitgestalten können

Der zusammen.wachsen Blog bietet Mädchen und Frauen mit und ohne Migrationsgeschichte eine Plattform, um ihre Erfahrungen und Botschaften der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Alle Mädchen und Frauen, die bei IN VIA aktiv sind, sind herzlich eingeladen, den Blog mitzugestalten.

Auf <https://zusammenwachsen-blog.de/> können sie ihren Lieblingsbeitrag per Messenger teilen oder einen Kommentar schreiben. Sie können den Newsletter abonnieren, um über neue Beiträge direkt per Mail informiert zu werden. Natürlich können sie auch ihre eigenen Beiträge veröffentlichen: Zum Beispiel kurze Geschichten aus ihrem Leben, Interviews über ihre Zukunftswünsche, Fotos aus ihrem Alltag, Podcasts und vieles mehr. Für weitere Informationen steht Projektleitung Mareike Krebs (mareike.krebs@caritas.de) zur Verfügung.



Aus der Zentrale des DCV

Mittel für Teilhabechancengesetz sichern – Kürzungen von 200 Millionen Euro für die Eingliederung in Arbeit stoppen

Zu den Menschen, in deren Leben die Pandemie besonders tiefe Spuren hinterlassen hat, gehören neben Kindern und einsamen alten Menschen auch diejenigen, die bereits vor der Corona-Krise den Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt verloren hatten. Für Menschen, die seit mehreren Jahren ohne Arbeit waren, wird die Situation sich weiter verschärfen, wenn die Mittel für Eingliederung in Arbeit, wie vom Finanzminister geplant, im Bundeshaushalt um 200 Millionen Euro gekürzt werden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft "Integration durch Arbeit" (BAG IDA) des Deutschen Caritasverbandes (DCV) tritt dafür ein, dass Langzeitarbeitslose nicht dauerhaft abgehängt werden dürfen. Am 1. Mai startet ihre Kampagne #DauerhafterLockdown. Die BAG IDA fordert etwa, das Teilhabechancengesetz (THCG) zu entfristen und weiterzuentwickeln; Coaching, aufsuchende Sozialarbeit und die Arbeit der Jobcenter zu stärken sowie das Sanktionsrecht zu reformieren. Mehr unter <https://www.dauerhafter-lockdown.de>.

Kirche & Gesellschaft

Anerkennung und Teilhabe. 16 Thesen zur Integration

Die Deutsche Bischofskonferenz veröffentlichte die Arbeitshilfe „Anerkennung und Teilhabe. 16 Thesen zur Integration“ und stellte sie auf dem sechsten Katholischen Flüchtlingsgipfel vor. Mit dieser Arbeitshilfe wird ein Orientierungsrahmen für die praktische Integrationsarbeit der Kirche gegeben. Zudem leisten sie einen Beitrag zur politisch-gesellschaftlichen Debatte um die Integration von Migrant*innen und Schutzsuchenden sowie zur Verständigung über die zukünftige Gestalt der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Die Arbeitshilfe enthält acht Thesen zu den Grundhaltungen, die für ein christlich geprägtes Verständnis von Integration bestimmend sind. Weitere acht Thesen beschäftigen sich mit konkreten Handlungsfeldern und geben Hinweise zur Gestaltung von Integrationsprozessen und zur Rolle der Kirche. Sie können die Arbeitshilfe herunterladen unter <https://bit.ly/388uHAp>.

Krisenberatung der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege

Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW), in der auch die verbandliche Caritas Mitglied ist, hat eine Telefonhotline für Beschäftigte eingerichtet, die sich durch die Ukraine-Hilfe in einer psychisch belastenden Situation befinden. Die Krisenberatung ist ein Angebot zur Frühintervention und erfolgt durch erfahrene Psychotherapeut*innen. Möglich sind bis zu fünf telefonische Beratungstermine je 50 Minuten. Weitere Informationen und die Kontaktmöglichkeit zur Terminvereinbarung finden Sie unter <https://bit.ly/3yIMw9x>.

Auftaktstudie zeigt: Rassismus betrifft die gesamte Gesellschaft

„Rassistische Realitäten – wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander?“ ist der Titel der Auftaktstudie zum Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa), die das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) veröffentlicht hat.

Der Studie zufolge erkennt die große Mehrheit der Bevölkerung (90%) an, dass Rassismus Realität ist. Fast jede zweite Person betrachtet Rassismus als ein Phänomen, das den Alltag und die gesellschaftlichen Institutionen prägt. Gleichzeitig sind rassistische Einstellungen weit verbreitet: Fast die Hälfte der Befragten (49%) glaubt noch an die Existenz menschlicher „Rassen“. Zudem werden Betroffene von Rassismus häufig als überempfindlich (33%) und zu ängstlich (52%) dargestellt. Dennoch sind rund 70% der Menschen in Deutschland bereit, Rassismus entgegenzutreten und sich zu engagieren. Das Engagementpotenzial ist vor allem in den jüngeren Altersgruppen sehr stark ausgeprägt. Mehr unter <https://bit.ly/39PZthP>.

Ausbildung & Qualifizierung

Zukunftsfähig bleiben! 9 + 1 Thesen für eine bessere Berufsbildung

Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Klimawandel und Energiewende prägen gesellschaftliche Veränderungen in Deutschland – auch in der Arbeitswelt. Benötigt werden dringend Fachkräfte. Jedoch scheint der Weg über eine berufliche Ausbildung in sichere berufliche Tätigkeit oder in Selbstständigkeit – jahrzehntelang Garant für ein Ankommen in der bürgerlichen Mitte – nur noch wenig attraktiv und immer weniger zukunftsfähig zu sein. Die Entwicklung der Ausbildungsvertragszahlen in den letzten Jahren belegt dies. Berufliche Bildung ist daher gefordert, die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft zu bewältigen. Eine Expertengruppe um das BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) hat hierzu Prinzipien moderner Berufsbildung sowie 9 +1 Thesen für eine bessere Berufsbildung formuliert. Mehr unter <https://bit.ly/3KZurRA>.

Podcast: "foraus.gehört – Neues für die Ausbildungspraxis"

Die Podcastreihe "foraus.gehört – Neues für die Ausbildungspraxis" des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) beleuchtet in Interviews mit wechselnden Gästen aktuelle Themen der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Die ersten Interviews der Podcastreihe widmen sich dem Thema Inklusion. Anhand bewährter Best-Practice-Beispiele aus dem Förderprogramm "Digitale Medien in der beruflichen Bildung" (Bekanntmachung "Inklusion durch digitale Medien in der beruflichen Bildung") werden zentrale Fragen diskutiert, wie Menschen mit Behinderungen beim Erlernen und langfristigen Ausüben einer beruflichen Tätigkeit unterstützt werden können. Auch die Begriffe "Inklusion" und "Digitalisierung", die zwar allgegenwärtig aber eher abstrakt und nicht einheitlich definiert sind, werden hinterfragt und einer kritischen Prüfung unterzogen. Mehr unter <https://bit.ly/3PaS0tN>.

Bildung

DigitalPakt Schule: GEW fordert um- und nachsteuern

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat Ergebnisse der Studie „Die Umsetzung des Digitalpakts 2022“ veröffentlicht. Der Digitalisierungsschub an den Schulen während der Corona-Pandemie habe die soziale Spaltung an den Schulen teilweise verstärkt, so die Kernbotschaft der Studie. Die Studie hatte mit einem qualitativen methodischen Ansatz untersucht, wie der Digitalpakt Schule im Zusammenspiel der unterschiedlichen Steuerungsebenen (Bund, Länder, kommunale Schulträger und Einzelschulen) umgesetzt wird. Für den „Digitalpakt 2.0“ müsse unbedingt um- und nachgesteuert werden. Mehr unter <https://bit.ly/3FBef80>.

Beteiligungsverfahren zum Demokratiefördergesetz abgeschlossen

Das Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) und das Bundesinnenministerium (BMI) haben zu Beginn des Jahres ein gemeinsames Diskussionspapier zum geplanten Demokratiefördergesetz erarbeitet. Auf dieser Basis haben seit Ende Februar 2022 rund 170 Dachverbände, Fachorganisationen sowie Wissenschaftler*innen ihre Stellungnahmen zur inhaltlichen Ausgestaltung des Gesetzentwurfs eingebracht. Auch der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit hat sich mit der Forderung nach Einbezug der Träger und Zielgruppen der Jugendsozialarbeit eingebracht. Ziel des Demokratiefördergesetzes ist es, Projekte zur Förderung der Demokratie und zur Stärkung gesellschaftlicher Vielfalt sowie zur Extremismusprävention verlässlich und bedarfsorientiert zu fördern. So sollen Projekte und Initiativen mehr Planungssicherheit erhalten. Bisher hat der Bund im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention keine gesetzliche Grundlage. Mehr unter <https://bit.ly/3FvLKbv>.

Mädchen & Frauen

Vereinbarkeitsrichtlinien-Umsetzungsgesetz

Sorgearbeit muss zwischen den Geschlechtern umverteilt werden. Frauen und Männer müssen in allen Lebenslagen Erwerbs- und Sorgearbeit verbinden können. Dafür müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die ein partnerschaftliches Erwerbs- und Sorge-Arrangement ermöglichen. Das BMFSFJ hat einen Referentenentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2019/1158 vorgelegt zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige. Der Deutsche Frauenrat (DF) kritisiert, dass der Entwurf keine Übernahme der Vaterschaftsfreistellung in nationales Recht vorsieht und bekräftigt seine Forderung nach Einführung einer bezahlten Freistellung für Väter und Co-Mütter rund um die Geburt. Eine solche Freistellung soll mindestens zwei Wochen innerhalb der ersten 30 Tage nach der Geburt möglich sein und analog zum Elterngeld aus Steuermitteln finanziert werden. Die komplette Stellungnahme unter <https://bit.ly/39aVSA>.

Schutz und Beratung bei Gewalt bundesweit sicherstellen

Unter Leitung von Bundesfrauenministerin Lisa Paus ist der Runde Tisch "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen" von Bund, Ländern und Kommunen zum ersten Mal in der 20. Legislaturperiode zusammengekommen. Die Ampelregierung hat sich im Koalitionsvertrag vorgenommen, mit einer Strategie gegen geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt die weitere Umsetzung der Istanbul-Konvention auf Bundesebene stärker voranzutreiben. Eine staatliche Koordinierungsstelle soll diese Strategie erstellen und ihre Umsetzung koordinieren. Zudem soll eine unabhängige Berichterstattungsstelle die Situation und die Wirkungen der politischen Maßnahmen beobachten. Denn es braucht belastbare Daten, um das Ausmaß geschlechtsbezogener Gewalt in Deutschland zu erfassen und politisch angemessen reagieren zu können. Mehr unter <https://bit.ly/3M1px7L>.

Aus den Verbänden der Jugendsozialarbeit

BAG KJS veröffentlicht Stellungnahme zur BAföG Reform

Die BAG KJS hat eine Stellungnahme zu der anstehenden BAföG Reform abgegeben. Grundsätzlich begrüßt sie die Entscheidung des Kabinetts, die Bedarfssätze für Studierende zu erhöhen und die Altersgrenze im BAföG auf 45 Jahre anzuheben. Der auf dem Referentenentwurf basierende Beschluss bleibt aber in wichtigen Punkten hinter den Ankündigungen im Koalitionsvertrag zurück. Daher macht die BAG KJS in einer [Stellungnahme](#) auf die Schwachstellen der geplanten Reform aufmerksam. Insbesondere sind Geflüchtete nach § 24 AufenthG noch in das vorliegende BAföG-Änderungsgesetz unter § 8 in den förderfähigen Personenkreis aufzunehmen. Auch sind dringend die Möglichkeiten des sozialpädagogisch begleiteten Jugendwohnens (§ 13 (3) SGB VIII) bei vollzeitschulischen Ausbildungen zu verbessern und die Finanzierungsmöglichkeiten für schulische Auszubildende im Schüler-BAföG analog zur Berufsausbildungsbeihilfe zu erleichtern. Mehr unter <https://bit.ly/3kYQzkc>.

Migration & Integration

Regelung des SGB II/SGB XII-Leistungsanspruchs von Geflüchteten aus der Ukraine

Die Bundesregierung hat die zwischen Bund und Ländern vereinbarten Änderungen zum Wechsel von hilfebedürftigen geflüchteten Menschen aus der Ukraine vom AsylbLG in das SGB II oder SGB XII umgesetzt. Die Regelung soll ab dem 1. Juni 2022 in Kraft treten. Voraussetzung ist, dass die geflüchteten Personen aus der Ukraine einen Aufenthaltstitel zum vorübergehenden Schutz beantragt haben, im Ausländerzentralregister erfasst wurden und die sonstigen Voraussetzungen für Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II oder SGB XII erfüllen.

Prüfsteine für Gute Arbeit für Geflüchtete aus der Ukraine

Die "Prüfsteine für Gute Arbeit" für geflüchtete Menschen aus der Ukraine hat das Beratungsnetzwerk Gute Arbeit zusammengestellt. Sie geben denjenigen, die ehrenamtlich oder hauptberuflich geflüchtete Menschen bei der Arbeitsaufnahme begleiten, eine Orientierung mit dem Ziel, Risiken von Arbeitsausbeutung vorzubeugen. Sie beziehen sich nicht ausdrücklich allein auf die Mindeststandards gemäß dem deutschen Arbeitsrecht, sondern gehen darüber hinaus. Sie können sie herunterladen unter <https://bit.ly/3vWv9dS>.

Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen: Beratung jetzt auch auf Ukrainisch verfügbar

Das Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen hat sein Sprachangebot erweitert und bietet nun auch Beratung in ukrainischer Sprache an. Auf Wunsch der Anruferin kann innerhalb kürzester Zeit eine Dolmetscherin in der benötigten Sprache hinzugeschaltet werden. Kontaktaufnahme unter <https://bit.ly/3KXGwXs>.

Bahnhofsmission

Beheizbare Bank für die Bahnhofsmission Stuttgart

Dank einer großzügigen Spende des ehemaligen Geschäftsführers der Projektgesellschaft Stuttgart-Ulm (PSU), Harald Klein, kann man vor der Bahnhofsmission Stuttgart jetzt selbst bei niedrigen Temperaturen warm sitzen. Möglich ist dies durch eine Sitzbank mit beheizter Sitzfläche. Entwickelt wurde die Bank von der Reutlinger Firma Maier Elektrotechnik GmbH. Das Besondere: Ein integrierter Temperaturfühler misst die aktuelle Temperatur und der Temperaturregler passt den dann notwendigen Energiebedarf automatisch an.



Eingeweiht wurde die Bank im April pünktlich zum Tag der Bahnhofsmision. Zusammen mit der Firmenleitung der Maier Elektrotechnik GmbH, Kristin Maier-Müller und Dr. Peter Müller, sowie Vertreter*innen der Projektgesellschaft Stuttgart-Ulm, der Träger IN VIA und Verein für internationale Jugendarbeit (VIJ) und Kirchengemeinden wurde die Neuentwicklung bestaunt und ausprobiert.

Neue Programme & Projektausschreibungen

ESF Plus-Bundesprogramm „MY TURN“ stärkt Frauen mit Migrationserfahrung

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat die Förderrichtlinie zum ESF Plus-Programm "MY TURN - Frauen mit Migrationserfahrung starten durch" veröffentlicht. MY TURN soll bundesweit eine kontinuierliche und individuelle Begleitung für formal geringqualifizierte Migrantinnen anbieten, die einen erhöhten Unterstützungsbedarf auf ihrem beruflichen Weg haben. Ziel ist, dass die Programmteilnehmerinnen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder existenzsichernde Selbständigkeit aufnehmen oder eine (Teilzeit-) Ausbildung absolvieren. Die Projektträger sollen zur Erreichung der Programmziele eng mit den Jobcentern und Agenturen für Arbeit sowie weiteren relevanten Akteuren vor Ort zusammenarbeiten. Die Antragsfrist endet am 28.06.2022.

Mehr unter <https://bit.ly/3kQPXgy>.

Literatur & Webtipps

Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland einfach erklärt: Online-Infosystem auf Deutsch und Englisch verfügbar

Sie möchten das System der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland im internationalen Fachdialog erklären? Das von IJAB konzipierte und komplett überarbeitete 'Infosystem Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland' unterstützt Fachkräfte und alle jugendpolitisch Interessierten dabei, Rahmenbedingungen, Aufgaben und Strukturen zu erläutern. An der inhaltlichen Überarbeitung haben Fachleute aus Wissenschaft und Praxis mitgewirkt. Auch als Nachschlagwerk ist das Infosystem geeignet. Es steht nun in Deutsch und Englisch zur Verfügung. Weitere Sprachversionen sind in Arbeit. Das Infosystem wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Mehr unter kinder-jugendhilfe.info.

Termine & Tagungen

Jetzt anmelden: Online-Workshop „Demokratiebildung in der Jugendsozialarbeit - einfach machen!“ am 25. Mai

Anmeldungen zum Online-Workshop „Demokratiebildung“ von IN VIA Deutschland und der Arbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) am 25. Mai, 10:30 Uhr bis 12:30 Uhr, sind ab jetzt möglich. Der Workshop findet anlässlich der von IN VIA Deutschland veröffentlichten Methodensammlung „Demokratie einfach machen!“ statt. Vermittelt werden Hintergrundwissen und Anwendungshinweise zur Nutzung der Methodensammlung in verschiedenen Feldern der Jugendsozialarbeit. Mehr unter <https://eveeno.com/demokratie-ja>

Workshop „Faszination Online Gaming – ein Einblick in eine Kultur der Digitalität“ am 17. Mai um 10:00 Uhr

In dem vom JFF – Institut für Medienpädagogik organisierten Workshop geht es um Online-Spielkulturen und damit um einen wichtigen Aspekt der Lebenswelten von vielen jungen Menschen. Der praxisorientierte Online-Workshop richtet sich an pädagogische Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, die ihre medienpädagogischen Kompetenzen aus- bzw. weiterbilden und unter Anleitung der Referentin Marie Bielefeld gemeinsam beliebte digitale Spiele ausprobieren möchten. Mehr unter <https://bit.ly/3vShbtB>

Workshop „Beratung ohne digitale Medien – geht das noch?!“ am 25. Mai, 13-14:30 Uhr

Wie sich Beratung im Kontext der Digitalisierung verändert und welche Anforderung diese an Beratende stellt, beleuchtet Emily Engelhardt in dem Workshop „Beratung ohne digitale Medien – geht das noch?!“ Teilnehmende erhalten Impulse für die eigenen Praxis und sind dazu angehalten ihre eigene Rolle sowie ‚digital readiness‘ zu reflektieren. Dabei dreht sich der Workshop nicht auf einen

spezifischen Beratungskontext und setzt kein Vorwissen voraus. Mehr unter <https://eve-eno.com/317582657>

Fort- und Weiterbildung bei IN VIA & Caritas

Aktuelle Fortbildungsangebote und Fachtagungen

IN VIA Akademie Paderborn

- **'Schwierige' Jugendliche erfolgreich motivieren - 'Cool ans Ziel'**. 13.06.-14.06.2022, in Paderborn. Unkooperative Jugendliche erweisen sich häufig als äußerst widerspenstige und hartnäckige Fälle und sind für jeden Pädagogen eine echte Herausforderung. „Cool ans Ziel“ ist ein systemisch agierendes, ressourcen- und lösungsorientiertes methodisches Konzept, das uns praktische Handlungsanleitungen auch für solche Fälle gibt. Erfahrungen zeigen, dass es dann sogar gelingt, auch diese Jugendlichen noch zu erreichen. Mehr unter <https://bit.ly/391WSkp>.

Fortbildungs-Akademie des DCV Freiburg

- **Gemeinwohlökonomie in der Caritas. Wertebasiert wirtschaften, glaubwürdig handeln, Gemeinwohl fördern.** 01.06.2022, in Freiburg oder online. Finanzkrise, Klimakrise, der andauernde Widerspruch von permanentem Wachstum und begrenzten Ressourcen, strukturelle Ungerechtigkeiten im globalen Wirtschaftssystem: Alle Indikatoren weisen darauf hin, dass unsere bisherige Art des Wirtschaftens ein wesentlicher Teil des Problems ist. Wie kann die Caritas Teil der Lösung sein? Ziel des Fachtags ist es, das Konzept der Gemeinwohlökonomie (GWÖ) auf seine Eignung für Caritasträger zu überprüfen. Der Fachtag richtet sich sowohl an Personen, die mit der GWÖ bereits vertraut sind, als auch an diejenigen, für die das Thema weitgehend neu ist. Mehr unter <https://bit.ly/37ctbg2>.

Informationen der bundeszentralen und überregionalen Fortbildungsakademien in der Caritas erhalten Sie auf deren Homepages und in den Kursprogrammen unter <http://www.caritas-akademien.de>. Die Veranstaltungen der IN VIA Akademie finden Sie außerdem direkt unter: <http://www.invia-akademie.de>.

Folgen Sie uns auch auf unserem [Twitter-Account!](#)



Frauen helfen Mädchen und jungen Frauen aus der Coronakrise
www.women4youth.de

IMPRESSUM:

IN VIA Katholischer Verband für
Mädchen- und Frauensozialarbeit
Deutschland e.V.
Karlstr. 40
79104 Freiburg

Redaktion: Barbara Denz/Annelie Engelbert

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 23.05.2022
Berichte sowie An- und Abmeldung vom Newsletter:
annelie.engelbert@caritas.de